

Beschlüsse

der 30. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

Inhalt:

- **„Rahmenbedingungen für die Kooperation von Jugendverbandsarbeit und Schule“**
- **„Jugendverbände gegen die geplante Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG)“**
- **„G8-Gipfel: Gerecht und sozial ist anders!“**
- **„Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2008“**

Beschluss der 30. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 03.03.2007

Rahmenbedingungen für die Kooperation von Jugendverbandsarbeit und Schule

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. (LJR) hat bereits 2004 einen Beschluss zu den bildungstheoretischen Grundlagen der Kooperation mit (Ganztags)Schulen gefasst. Diese Grundlagen sind mittlerweile im Niedersächsischen Kultusministerium (MK) und auch bei vielen Schulen als sinnvoll und notwendig anerkannt.

In den vergangenen drei Jahren haben sich die Jugendverbände vielerorts um Kooperationen bemüht und konkrete Praxiserfahrungen gesammelt. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass bessere Rahmenbedingungen notwendig sind, um den Aufwand zur Gestaltung einer Kooperation zu mindern, die Anzahl der Kooperationsprojekte zu steigern und die Qualität der Zusammenarbeit zu verbessern.

Die im LJR zusammengeschlossenen Verbände fordern daher eine Verbesserung dieser Rahmenbedingungen, ohne die eine Kooperation in der auch vom Niedersächsischen Kultusministerium gewünschten Form kaum möglich ist:

1) Bildungsaspekte berücksichtigen

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. machen deutlich, dass ihre verbandlichen Angebote als Bildungsangebote konzipiert sind und als solche verstanden und eingesetzt werden müssen. In ihnen geschieht eine teilnehmer-innen-, prozess- und gruppenorientierte Form von Bildung, die gesetzlich abgesichert und wissenschaftlich reflektiert ist. Wie der schulische Unterricht braucht auch diese Bildungsarbeit verlässliche Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Kontinuität der Teilnahme oder angemessene Räumlichkeiten. Damit der Charakter und die Chancen verbandlicher Arbeit wie auch der für ihre erfolgreiche Umsetzung an der Schule notwendige Rahmen gegenüber den Verantwortlichen an den Schulen vermittelt werden können, bedarf es konkreter Begegnungen zwischen Schulleiter-inne-n und Jugendverbänden. Die von den Verbänden im Landesjugendring Niedersachsen e.V. initiierte Veranstaltung für den Landkreis Vechta im Juni 2006 kann als Modell für derartige Begegnungen dienen.

Deshalb fordert der Landesjugendring Niedersachsen e.V. das Niedersächsische Kultusministerium auf, gemeinsam mit den Jugendverbänden geeignete Informationsmaßnahmen für die Verantwortlichen in den Schulen durchzuführen, um über die Bildungsansätze der Jugendverbände zu informieren und das Verständnis für die in diesem Zusammenhang notwendig abzusichernden Rahmenbedingungen für Kooperationsmaßnahmen zu fördern. In diesem Zusammenhang soll auch die Grundlage für eine gemeinsame konzeptionelle Entwicklung des Ganztagsangebotes und für reflektierte Absprachen zu einer Gewinn bringenden Zusammenarbeit geschaffen werden.

2) Ehrenamtlichkeit anerkennen und fördern

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. heben hervor, dass das Prinzip der Ehrenamtlichkeit ein Wesensmerkmal verbandlicher Arbeit ist. Ehrenamtliche Mitarbeiter-innen aus den Jugendverbänden unterziehen sich einer langjährigen und intensiven Qualifizierung, die sich aus praxistheoretischen Seminaren und einer reflektierten Praxis zusammensetzt. Basierend auf dieser Qualifikation werden sie auf ihre spezifischen Einsatzfelder vorbereitet, wo sie in enger Abstimmung mit den verbandlich wirkenden pädagogischen Fachkräften tätig werden. Die aus diesen Prozessen resultierenden hohen Sozial- und Bildungskompetenzen der ehrenamtlichen Mitarbeiter-innen sowie die verbandlichen Bildungskonzepte und -ansätze sollten auch durch Schulen genutzt und gefördert werden. Zudem ist es notwendig, den Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter-innen durch eine höhere Flexibilität in der Freistellungspraxis in Schule, Ausbildung und Beruf zu erleichtern.

Deshalb fordern die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. das Niedersächsische Kultusministerium auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um den verantwortlichen Mitarbeiter-inne-n in den Schulen das Wissen um die bei den ehrenamtlich Tätigen vorhandenen Kompetenzen zu vermitteln und diesbezüglich einen Bewusstseinswandel hin zu einer Partnerschaft basierend auf gleichwertiger Bildungsqualität zu fördern.

Darüber hinaus sind gesetzliche Regelungen zu schaffen und Empfehlungen auszusprechen, die die Freistellung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen verbessern, die eine leitende Aufgabe bei verbandlichen Angeboten an Schulen wahrnehmen.

3) Finanzielle Ausstattung schaffen

Die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. stellen fest, dass eine die Bildung der Kinder und Jugendlichen wirksam unterstützende Kooperation von (Ganztags-)Schulen mit außerschulischen Partnern einer angemessenen Ausstattung mit finanziellen Mitteln bedarf. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel für diese Kooperationen erscheinen keineswegs ausreichend. Zudem wird von der Möglichkeit der Kapitalisierung von Lehrerstunden bislang nach unserer Erfahrung relativ wenig Gebrauch gemacht. Auch die in 2007 nachträglich gewährten Mittel für die in den vergangenen zwei Jahren genehmigten Ganztagschulen gem. Nr. 8.2 des Erlasses „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ vom 16.03.2004 sind nicht geeignet, eine qualifizierte Grundlage zu schaffen. Aktuell wird das Engagement außerschulischer Partner in diesen Schulen zusätzlich dadurch behindert, dass eine Kapitalisierung der zusätzlichen Lehrerinnenstunden erst ab Beginn des Schuljahrs 2007/2008 möglich sein wird.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordern daher eine ausreichende finanzielle Ausstattung für die Gestaltung ihrer Bildungsangebote an Ganztagschulen.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. sehen, dass die Schulen in Niedersachsen gegenwärtig mit vielen Aufgaben und Veränderungen konfrontiert sind. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern bietet in dieser Situation die Chance, den gestiegenen Anforderungen zur Gestaltung einer für Kinder und Jugendliche förderlichen Bildungslandschaft in einer neuen Form der Aufgabenteilung gerecht zu werden.

Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Verbände bieten sich auch weiterhin an, die (Ganztags)Schule mitzugestalten und ihre Kompetenzen in die Bildung junger Menschen mit einzubringen. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sehen sie dieses Engagement jedoch deutlich behindert, was dazu führt, dass bestehende Bildungsressourcen nicht oder nur zu einem geringen Teil genutzt werden können. Von einer Reduzierung auf die Betreuung von jungen Menschen im Rahmen von Ganztagschulen durch Angebote der Jugendverbände distanzieren wir uns.

Beschluss der 30. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 03.03.2007

Jugendverbände gegen die geplante Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG)

Mit der Überprüfung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) durch die Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe darf es - nach 1997 - nicht erneut zu einer Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes kommen.

Hinter den Vorschlägen zur Novellierung bzw. Deregulierung des Jugendarbeitsschutzes steht die nicht belegbare Behauptung, der gesetzliche Schutz sei ein Ausbildungshemmnis.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. ist der Ansicht, dass die Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheitsschutz vor dem Hintergrund des hohen Anteils an Arbeitsunfällen unter keinen Umständen geopfert werden darf. Der anhaltende Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen rechtfertigt nicht den Abbau von Prävention und Gesundheitsschutz. Ausbildungsplätze können nicht durch das Streichen von Schutzrechten Jugendlicher erkaufte werden.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. wendet sich gegen

- eine Ausweitung der Beschäftigungszeiten in Gaststätten bis 23 Uhr sowie für Jugendliche unter 17 Jahren in Bäckereien ab 4 Uhr und damit eine Verkürzung der bisher festgelegten Nachtruhe um jeweils eine Stunde.

- eine Verschlechterung der gesundheitlichen Betreuung im Rahmen der Jugendarbeitsschutzuntersuchungen.
- eine Aufweichung der Regelungen zum so genannten Züchtungsverbot.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. wendet sich darüber hinaus eindeutig gegen jede Bestrebung, den Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz in Niedersachsen über eine Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes abzuschaffen.

Für Ausbildungsbetriebe müssen Regeln gelten, die die Sicherheit und die Gesundheit der Jugendlichen nicht aufs Spiel setzen.

Abgeleitet von den Schutzziele des JArbSchG darf die Unwissenheit der Jugendlichen nicht dazu führen, unter dem Druck der Lehrstellensicherung gesundheitliche Benachteiligungen in Kauf nehmen zu müssen. Nur ein sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer-innen im Betrieb sichtbares und verpflichtendes Jugendarbeitsschutzgesetz kann diesen Schutz adäquat gewährleisten.

Beschluss der 30. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 03.03.2007

G8-Gipfel: Gerecht und sozial ist anders!

Die Verbände und Aktiven, welche sich zum Landesjugendring Niedersachsen zusammengeschlossen haben, stehen ein für eine demokratisch verfasste, solidarische Gesellschaft, in der das Miteinander nicht zugunsten des Egoismus geopfert wird und an der alle Menschen unabhängig ihrer ökonomischen Lage teilhaben können. Sie stehen für eine zukunftsfähige Gesellschaft, die auch nachfolgenden Generationen ein Leben in einer intakten sozialen und natürlichen Umwelt ermöglicht.

Daher fordern wir...

... dass die G8 ihre Positionen und Ergebnisse öffentlich machen und transparent darstellen!

Die Gruppe der Acht (G8) ist keine völkerrechtlich legitimierte, internationale Organisation wie beispielsweise die Vereinten Nationen (UNO), sondern ein Zusammenschluss der wirtschaftlich stärksten und mächtigsten Staaten der Welt. Ohne demokratisches Kontrollorgan und unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden bei den Treffen der G8 Absprachen über die globale Zukunft getroffen. Vorrangiges Ziel ist es, eigene weltpolitische Interessen abzustimmen, um sie anschließend u.a. in den Gremien von Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation durchzusetzen. Es gibt weder öffentliche Beschlüsse noch Protokolle und auch die Abschlusserklärungen sind alles andere als verbindlich.

... dass die G8 die globale Gerechtigkeit als vorrangiges Ziel ihres Handelns verfolgen!

Die Bekämpfung der globalen Armut ist eine wesentliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Gerade die G8 als wirtschaftlich stärkste Nationen stehen in der Pflicht, ihren Beitrag dazu zu leisten. Notwendig wären die tatsächliche Entschuldung der Länder des Südens und die gleichberechtigte Behandlung von Interessen dieser Staaten in den weltpolitischen Gremien. Stattdessen setzt die neoliberale Politik von G8, Weltbank und WTO auf Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau.

... dass die G8 als Vorreiter die erforderliche ökologische Wende umgehend und verbindlich in ihrem politischen Handeln vorantreiben!

Die Klimaveränderung, die Abnahme der Biodiversität, die Zerstörung der natürlichen Umwelt, radioaktive und chemische Verseuchung ganzer Landstriche bedrohen die gesamte Menschheit. Die G8-Staaten als Spitzenverbraucher von natürlichen Ressourcen (CO₂-Emissionen, Energie etc.) müssen Vorreiter eines Wandels zu nachhaltiger, ökologisch und sozial zukunftsfähiger Politik sein. Stattdessen drücken sie sich um verbindliche Zusagen zu klimaschonenden Maßnahmen und konsequentem Handeln und nehmen damit bewusst die weitere Zerstörung des Planeten in Kauf.

Aus den genannten Gründen erwartet der Landesjugendring Niedersachsen eine kritische Auseinandersetzung mit dem G8-Gipfel und den dort behandelten Inhalten - er ruft dazu auf, sich für ein demokratisches, friedliches, sozial gerechtes und nachhaltiges Zusammenleben einzusetzen.

Beschluss der 30. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 03.03.2007

Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2008

Kinder und Jugendliche sind das höchste Gut der Gesellschaft: Sie sind die Zukunft und müssen deshalb in der Gegenwart geachtet und gefördert werden.

Kinder und Jugendliche bedeuten Lebensfreude, bringen frische Ideen und neuen Schwung und sind die Basis für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Daher muss die Kinder- und Jugendfreundlichkeit eine wesentliche Messlatte für alle politischen Entscheidungen in Niedersachsen sein.

Vor diesem Hintergrund fordern die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. im Vorfeld der Landtagswahl 2008 von den Parteien klare Bekenntnisse für ein stärkeres Engagement für junge Menschen. Konkret fordern wir:

Bildung

Sowohl für die Zukunftschancen des einzelnen jungen Menschen als auch für die Gesellschaft ist eine gute und umfassende Bildung heute wichtiger denn je. Bildung ist sowohl Kompetenz- als auch Wissensvermittlung und findet bei verschiedenen Gelegenheiten statt: in der Familie, unter Gleichaltrigen, im Kindergarten, in der Jugendarbeit, in der Schule, in den Medien und in der weiterführenden Ausbildung. Bildung muss heute als niemals endender Prozess verstanden werden - die Basis auch für ein lebenslanges Lernen muss in der Kindheit und Jugend gelegt werden. Hier entstehende Bildungsunterschiede lassen sich später kaum kompensieren. Dazu bedarf

es einer neuen Verbindung der formellen und informellen Bildungsträger, der eine gleichberechtigte und gleichwertige Zusammenarbeit zugrunde liegt.

Konkret fordern wir von der Niedersächsischen Landespolitik:

- Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft und ihren finanziellen Möglichkeiten eine angemessene und umfassende Bildung zu ermöglichen, als Basis für lebenslanges Lernen und Teilhabe an der Gesellschaft. Als erster Schritt ist die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit notwendig.
- Außerschulische Bildung muss als gleichberechtigter Partner in der Bildungslandschaft gesehen und daher aufgewertet und stärker gefördert werden. Insbesondere in der unmittelbaren Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Bildungsträgern (wie z.B. Jugendverbänden) müssen für alle Partner die gleichen Rahmenbedingungen gelten und gleiche materielle, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.
- Das Erststudium muss studienbeitragsfrei sein, ehrenamtliches Engagement muss bei Gebühren für sogenannte Langzeitstudierende gewürdigt werden.
- Ein auswahlfähiges, qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsplätzen muss gewährleistet werden. Schon während der beruflichen Erstausbildung muss den jungen Erwachsenen ein eigenständiges Leben möglich sein, was eine angemessene Entlohnung voraussetzt.

Beteiligung

Die Belange von Kindern und Jugendlichen kann keiner besser vertreten als sie selber. Daher sind junge Menschen und deren jugendpolitische Interessensvertretungen bei allen sie betreffenden politischen Entscheidungen angemessen und altersstufengemäß zu beteiligen. Die politischen Entscheidungsträger-innen sind aufgefordert, eine entsprechende Beteiligung grundsätzlich bei allen Entscheidungsprozessen durchzuführen. Konkret bedeutet dies:

- Formen der direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Landespolitik müssen (weiter-)entwickelt und gefördert werden.
- Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landespolitik vertreten, müssen vermehrt angehört und deren Mitsprachemöglichkeiten und -entscheidungsmöglichkeiten müssen ausgebaut statt reduziert werden.

Förderung und Struktur

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist eine verstärkte Investition in die Kinder- und Jugendfreundlichkeit Niedersachsens dringend erforderlich, die Träger der Jugendarbeit müssen in die Lage versetzt werden, auch in Regionen mit rückläufigen Jugendlizenzen eine attraktive Angebotspalette aufrechtzuerhalten.

Junge Menschen dürfen nicht die Leidtragenden aktueller Finanz- und Haushaltsprobleme sein; sie brauchen die bestmöglichen Startchancen in der Gesellschaft. Die Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendhilfe leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Daher darf bei den Ausgaben für Kinder und Jugendliche nicht gespart werden.

Wir fordern von der niedersächsischen Landespolitik:

- Zur Sicherung infrastruktureller Rahmenbedingungen müssen die bestehenden Jugendeinrichtungen erhalten und verstärkt gefördert werden. Diese sind zeitgemäß konzeptionell - unter Beteiligung der landesweiten Träger - zu pflegen und weiterzuentwickeln.
- Das Jugendförderungsgesetz ist eine bewährte Grundlage für eine qualifizierte Jugendarbeit. Es muss zeitgemäß fortgeschrieben und die Fördermittel müssen erhöht werden. Insbesondere ist es notwendig, die Förderung zu entbürokratisieren und neue Maßnahmeformen in den Förderkatalog aufzunehmen.
- Die Träger der Jugendarbeit benötigen einen flexiblen Innovationspool mit zusätzlichen Fördermitteln. Ein solcher Innovationspool hat u.a. die Funktion, das Erproben innovativer und modellhafter Methoden zu ermöglichen und eine flexible innerverbandliche Schwerpunktsetzung zur Sicherung der Arbeit zu gewährleisten.

Ehrenamtliches Engagement

Jugendarbeit ist undenkbar ohne das ehrenamtliche Engagement der Jugendleiter-innen. Dies gilt insbesondere in Niedersachsen: In keinem anderen Bundesland wurden bislang so viele Juleicas ausgestellt. Doch dieses Engagement ist auch besonders notwendig: In Niedersachsen gibt es im Bundesvergleich weniger hauptamtliches Personal in der Jugendarbeit. Dabei wird eine professionelle Unterstützung für Ehrenamtliche immer wichtiger. Durch ausbildungs-, studiums- und berufsbedingte Ortswechsel und Anforderungen wird die Verweildauer von Ehrenamtlichen bei einem Träger kürzer, gleichzeitig stehen die Ehrenamtlichen vor neuen gesellschaftlichen Anforderungen an ihre Tätigkeit. Durch den Wegfall der Landesmittel für die Erstattung des Verdienstaufschlags für ehrenamtliche Freizeit-Teamer-innen und die Erhebung von Studiengebühren gibt es bei den Trägern verstärkt Probleme, qualifizierte Betreuer-innen zu finden.

Für eine wirksame und nachhaltige Unterstützung der Ehrenamtlichen fordern wir daher:

- Das Land Niedersachsen muss mit einer Förderinitiative die regionale Ebene der Jugendverbände, Jugendringe und Jugendgruppen und deren ehrenamtliche Mitarbeiter-innen stärken.
- Als erster Schritt ist die Wiedereinführung des Verdienstausfalls für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports notwendig.

Lebenswelten

Die radikalen gesellschaftlichen Veränderungen und die Globalisierung stellen massive Anforderungen an junge Menschen und sind mit Unsicherheiten für die Lebensplanung, stetigen Lebensläufen und einer steigenden Flexibilisierung von Lebensformen verbunden. Dafür sind politische Rahmenbedingungen notwendig, die die Zukunftschancen, insbesondere für junge Menschen, absichern. Wir fordern:

- Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen müssen geschaffen und gefördert werden.

Junge Menschen brauchen eine klare berufliche Perspektive. Für eine solche Perspektive ist die Möglichkeit zu gewährleisten, im Anschluss an die Schule einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu wählen, der ihren Interessen entspricht. Daher bedarf es eines Rechtsanspruchs auf einen Ausbildungsplatz. Wirtschaft und Verwaltung müssen verpflichtet werden, ein auswahlfähiges und eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Durch vollzeitschulische (staatliche) Ausbildungen, die aus Steuermitteln bezahlt werden, darf die Wirtschaft von ihrer Verpflichtung, Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht entlassen werden. Niedersachsen muss sich daher auch bundespolitisch für Ausbildungsplätze für junge Menschen einsetzen, beispielsweise über eine Bundesrats-Initiative zur Ausbildungsplatzabgabe.

- Integration muss verbessert und Vorurteile müssen abgebaut werden. Rechtsextremismus muss entschieden bekämpft werden.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten wird für die weitere gesellschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein. Die Diskussion um die Integrationsbemühungen und -erfolge im Frühjahr 2006 sowie die zunehmende Zahl der rechtsextremen Übergriffe macht den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Deshalb muss die Integration auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter vorangetrieben werden. Dazu gehören neben entsprechenden Angeboten für Migrant-inn-en auch wohnungsbau- und sozialpolitische Weichenstellungen. Des Weiteren müssen mit aller Kraft Vorurteile abgebaut werden und es muss rechten und rechtsextremen Gedanken entgegengetreten werden.

- Gender Mainstreaming und „Managing Diversity“ muss bei bei allen landespolitischen Entscheidungen verankert werden.

Menschen sind verschieden, alle haben unterschiedliche Fähigkeiten und Interessen. Diese Unterschiede machen die Stärke einer Gesellschaft aus. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Unterschiede bei politischen Entscheidungen bedacht werden und ein Bewusstsein dafür entwickelt wird. Nur so ist es möglich, eine Gesellschaft zu entwickeln, in die sich jede-r mit ihren/seinen Fähigkeiten und Interessen einbringen kann.

- Nachhaltiges und ökologisches Handeln muss ein wesentlicher Prüfstein für die Landespolitik sein.

Nachhaltiges, soziales und ökologisches Handeln verlangt gerade im Interesse der nachfolgenden Generationen eine klare politische Priorität. Dies ist auch im langfristigen wirtschaftlichen Interesse. Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz lassen sich nicht nur durch einzelne Vorhaben erzeugen, vielmehr müssen diese Aspekte als Kriterien in alle landespolitischen Entscheidungen eingehen.